

Urs Martin
Hafenstrasse 60
8590 Romanshorn

Hermann Lei
Mühletobelstrasse 59a
8500 Frauenfeld

+ 50

EINGANG GR		
15. Aug. 2018		
GRG Nr.	16	MO 23 258

Motion

„Keine Änderung des Zahlungsregimes bei der Arbeitslosenversicherung für Grenzgänger“

Der Regierungsrat wird beauftragt, gemäss Art. 160 Abs. 1 der Bundesverfassung folgende Thurgauer Standesinitiative einzureichen:

Die Schweiz übernimmt keine EU-Regulierungen, welche dazu führen, dass nicht mehr der Staat des Wohnsitzes, sondern der Staat des Arbeitsortes für die Entrichtung von Arbeitslosengeldern bei Grenzgängern zuständig ist.

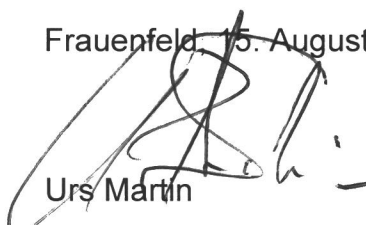
Begründung

Am 21. Juni 2018 haben die Arbeitsminister der EU-Staaten beschlossen, die Regeln für die Zahlung von Arbeitslosengeldern an Grenzgänger zu ändern. Die neuen Regeln müssen noch dem Europäischen Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden, jedoch dürfte es sich hierbei um eine reine Formsache handeln.

Würden die neuen Regelungen auch hierzulande übernommen, käme das die Schweiz teuer zu stehen. Wird heute einer der 320'000 in der Schweiz arbeitender Grenzgänger arbeitslos, ist für ihn nicht die schweizerische Arbeitslosenversicherung (ALV) zuständig, sondern deren Pendant im jeweiligen Wohnsitzstaat. Die ALV richtet einzig während der ersten drei bis fünf Monate die Arbeitslosengelder an die Grenzgänger aus und zwar nach den Ansätzen des Wohnsitzstaates.

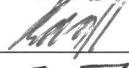
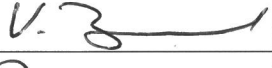
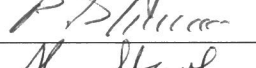
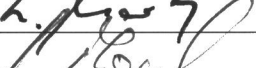
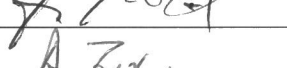
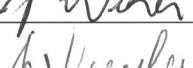
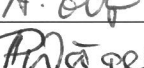
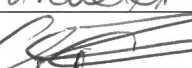
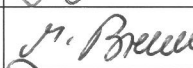
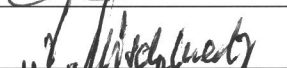
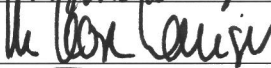
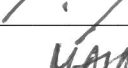
Der Abgeltungsbetrag an die EU-Staaten belief sich im Jahr 2015 auf knapp 200 Mio. CHF (Antwort des Bundesrates auf die Ip. 16.3450). Gemäss Schätzungen des SEM würde sich diese Summe mit der neuen Regelung um mehrere hundert Millionen Franken erhöhen. Laut Angaben des Bundesrates, ist die Schweiz nicht verpflichtet, das neue Zahlungsregime zu übernehmen (Antwort auf Ip. 17.3033). Der Bundesrat soll daher dazu aufgefordert werden, dass er im Gemischten Ausschuss mit der EU klar kommuniziert, dass die Schweiz diese Änderungen nicht gewillt ist, zu übernehmen.

Frauenfeld, 15. August 2018


Urs Martin


Hermann Lei

Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner der Motion von Urs Martin und Hermann Lei „Keine Änderung des Zahlungsregimes bei der Arbeitslosenversicherung für Grenzgänger“

Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift	Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift
1 Indergand Aline		26 Albrecht Clément	
2 Kropfli Walter		27 Zahel Vico	
3 Arnold Josef		28 Bartel Ueli	
4 Kuhn Peter		29 Sammut Kurt	
5 Schmid Pascal		30 Aerne Margot	
6 Scherer Gern		31 Stuber Mark	
7 Schafel Erich		32 Nägeli Willy	
8 Rutishauser Matthias		33 Thalman Thomas	
9 Schär Urs		34 Stark Hans	
10 Strupler Marcel		35 Harby Walter	
11 Eschmoser Hans		36 Möckli Gerd	
12 Jung Wiesli		37 Zuber Andreas	
13 Kurlandthum Andre		38 Wägel H.P.	
14 Isenmann Valérie		39 Huster Constan	
15 D. Uetzi		40 Nader Christian	
16 Brunner Max		41 Frischknecht Daniel	
17 David Uetzi		Bomhaus Mark	
18 EBENDEN Ruedi		43 Peter Schenk	
19 Gübler René		44 Nüst Irwin	
20 Zahel Pöbi		45 F. Eugster	
21 Schöpke Urs		46 PETER U. SABINA	
22 Gantenlein Hr		47 Gumpert Joel	
23 Tobler Stephan		48 Bühler Peter	
24 Brühwiler Konrad		49 Hug Patrick	
25 Koch Paul		50 M. Berlemann	